

## Vortrag an den Ministerrat

### Bericht über die Tagung des Rates TTE (Energie) am 30. Mai 2024 in Brüssel

Am 30.5.2024 fand die zweite Tagung des Rates TTE (Energie) unter BE Vorsitz (VS) statt. Durch die Sitzung führte Tinne Van der Straeten, BE Ministerin für Energie. Die österreichische Delegation wurde von FBM Leonore Gewessler geleitet. Die Europäische Kommission (EK) war durch Kommissarin Kadri Simson (Energie) vertreten.

Zu Beginn der Ratstagung wurden die Schlussfolgerungen zum Thema des Ausbaus nachhaltiger Stromnetze angenommen. AT begrüßte die Schlussfolgerungen, da eine stark vernetzte Energieinfrastruktur in Europa Priorität haben müsse. Eine effiziente Nutzung bestehender Netze und der Ausbau der Netzinfrastruktur seien wichtig für die Energiewende. HU informierte, dass man das Thema unter HU VS weiterbearbeiten werde.

Der Rat tauschte sich anschließend zur REPowerEU - Strategie aus. Zwei Jahre nach Veröffentlichung von REPowerEU gab die EK einen Rückblick über die erzielten Erfolge. Es herrschte breite Übereinstimmung, dass die Anstrengungen intensiviert werden müssten, um vollständig von Energieimporten aus RU unabhängig zu werden. Wichtig sei dabei ein abgestimmtes Vorgehen. AT hob die Gefahr für die europäische Sicherheit und Volkswirtschaft aus der Abhängigkeit von RU hervor und verwies auf Erfolge beim Erneuerbaren-Ausbau und die Bedeutung regionaler Zusammenarbeit bei Infrastrukturprojekten. Dazu informierte AT über die gemeinsame Absichtserklärung mit DE und IT zum Südlichen Wasserstoffkorridor, welche am Rande der Ratstagung unterzeichnet worden war.

Im Gedankenaustausch zum Europäischen Grünen Deal wurde die Frage aufgeworfen, wie die Umsetzung der 2030-Ziele unterstützt werden könne. Mehrere MS unterstrichen, dass der Fokus auf die Implementierung des Fit-für-55-Pakets gelegt werden sollte. Bei der Diskussion zur Notwendigkeit von sektoralen Zielen im zukünftigen Rechtsrahmen sprach

sich AT für ein Festhalten an Unterzielen auch nach 2030 aus. Klare Vorgaben und Zielsetzungen würden die Umsetzung unterstützen. Der Ausbau der Erneuerbaren habe wirksam zur Emissionsminderung beigetragen. Eine ambitionierte Energie- und Klimapolitik sei alternativlos.

Unter "Sonstiges" wurde die Betrugsvermeidung bei fortschrittlichen Biokraftstoffen besprochen und die EK ersucht, angesichts der gestiegenen Importmengen solcher Kraftstoffe ihre Untersuchungen zu vertiefen und das System zur Betrugsbekämpfung zu verbessern. CZ und SK gingen auf den Karlovy Vary Annual Policy Dialogue ein und ersuchten um weitere Unterstützung für die von der Energiewende am stärksten betroffenen Gebiete.

Des Weiteren thematisierte PL das Ergebnis der ersten Auktion der Europäischen Wasserstoffbank und bemängelte die fehlende regionale Ausgewogenheit. Mehrere MS (darunter AT) ersuchten mit Blick auf die zweite Auktionsrunde, dies entsprechend zu adressieren.

Auf Ersuchen von AT, CZ, HU und SK wurde die DE Gasspeicherumlage thematisiert. Die unmittelbar vor Beginn der Ratstagung getätigte DE Ankündigung, wonach die DE Bundesregierung die Umlage mit 1.1.2025 an den Grenzübergangspunkten abschaffen wolle, wurde als notwendiger Schritt begrüßt, wobei auf ein Vorziehen betreffender Maßnahme gedrängt wurde. Die EK behielt sich das Recht vor, weitere Schritte zu setzen, sollte die konkrete Umsetzung ausbleiben.

EK informierte über den Sachstand zu den Nationalen Energie- und Klimaplänen (NEKP). EK verwies auf die bestehende Ambitionsücke in den eingereichten Entwürfen und betonte die Notwendigkeit, diese zu schließen. EK unterstrich zudem die bevorstehende Frist zur Vorlage der finalen Pläne am 30.6.2024.

EK informierte anschließend über den Stand der Energieversorgungssicherheit und Vorbereitung auf den Winter. EK berichtete über das Auslaufen des UA-Gastransitabkommens. In den Analysen zum Ausfall der RU Gaslieferungen über UA werde in fast allen Szenarien eine ausreichende Deckung der Gasnachfrage prognostiziert. AT und SK betonten die Notwendigkeit weiterer Analysen in enger Abstimmung mit betroffenen MS und unterstrichen die Bedeutung einer engen Kooperation zur Bewältigung der Herausforderung.

EK informierte über die nächsten Schritte zur Straffung der Verfahren für die Annahme von Kapazitätsmechanismen im Rahmen der Reform der Gestaltung des Strommarkts. AT begrüßte die weitere Vorgehensweise, betonte jedoch, dass die Verfahren nicht zu einer Bevorzugung fossiler Kraftwerke führen dürften.

Abschließend präsentierte HU sein Arbeitsprogramm. Prioritäten des HU VS im Energiebereich seien die Wettbewerbsfähigkeit, die Leistbarkeit der Energieversorgung sowie eine saubere Energieversorgung und ein fairer Übergang.

Ich stelle daher den

**Antrag,**

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

8. November 2024

Leonore Gewessler, BA  
Bundesministerin